

Neustadt
Dresden,
in der Expedi-
tion, N. Meißn.
Casse Nr. 3,
zu haben.

Sächsische Dorfzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12 1/2 Ngr. Zu
bezahlen durch
alle lgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Blatt für den Bürger und Landmann.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag früh.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers C. Heinrich.

Politische Weltchan.

Deutschland. Während die österreichische Regierung sich gegenwärtig zum Kampf gegen den Klerus aufzuraffen scheint, geschehen im größten Staate des protestantischen Norddeutschlands Dinge, die alles Ernstes zum Nachdenken auffordern. Es kann ein System keine schärfere Beurtheilung erfahren, als wenn die eigenen Anhänger kopfschau werden und ihm den Rücken zuzulehren beginnen. Die fortwährenden Klagelieder aus den neuen Provinzen rufen nämlich jetzt in den eifrigsten Freunden der preussischen Regierung Besorgnisse hervor, denen die „Bes.-Ztg.“ folgende Worte leiht: „Von Zeit zu Zeit fühlt man sich versucht, an den Kopf zu greifen und zu fragen, ob man wache oder träume, ob man 1868 oder 1768 schreibe, ob Preußen sich seit 1866 an die Spitze Deutschlands oder an die Seite Mecklenburgs gestellt habe. Zum Beispiel jetzt neuerdings, wenn man liest, wie im ehemaligen Kurfürstenthum Hessen darauf hingearbeitet wird, die Sympathien für den preussischen Staat aus den Herzen auszutreiben, um nur um jeden Preis einer gewissen kirchlichen Partei, welche höheren Orts protegirt wird, einen Einfluß zu verschaffen, den sie für sich allein, ohne starke Nachhilfe der Staatsgewalten, nimmermehr zu erringen im Stande wäre. Wenn man sich an die äußeren Thatsachen hält, so sollte man fast glauben, die preussische Regierung halte es für die wichtigste Aufgabe, Norddeutschland zu demjenigen Christenthum zu bekehren, welches in Männern wie Knat ihre zwar etwas indiskreten, aber sonst durchaus korrekten Vertreter findet. Denn, wie es scheint, opfert sie diesem Bestreben selbst die wichtigsten politischen Rücksichten mit einer freudigen Entschiedenheit, welche unsere höchste Achtung verdienen würde, wenn sie nicht unglücklichlicherweise den theuersten Interessen des Vaterlandes, wie wir sie verstehen, empfindlichen Schaden zuzufügen drohte. Wir gehören nicht zu Denjenigen, welche annehmen, daß der Krieg von 1866 geführt worden sei, um Deutschland auf dem Boden des Katechismus und der Schulregulative neu aufzubauen, und wir können daher nicht umhin, es sehr lebhaft zu beklagen, wenn wir sehen, wie diese Auffassung sich in die reale Politik einzudrängen sucht. Wir erinnern uns mit einigem Bangen des berühmten Blücher'schen Wortes, daß die Federn verderben werden, was das Schwert gut gemacht hat. Der Unterschied gegen die Zeit Blücher's ist nur der, daß die Federn heutzutage nicht von weltlichen, sondern von geistlichen Diplomaten geführt werden. — Vielleicht muß man sich darüber freuen, daß einmal ein Fall, wie die Nichtbestätigung des freisinnigen Direktors Kreyssig, vorgekommen ist. Dadurch wird die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein Uebel hingelenkt, welches bereits in mehr obskuren Regionen unbemerkter Weise weit um sich gegriffen hatte. Kirche und Schule in den neu erworbenen Landestheilen sind schon seit geraumer Zeit der Gegenstand eifriger Uniformierungsbestrebungen gewesen, in dem Sinne jener spezifischen Berliner Hoftheologie, welche schon einmal, vor dem Jahre 1848, mehr als alle politische Reaktion dazu beigetragen hat, Zwietracht zwischen Regierung und Volk zu säen und die gedeihliche Entwicklung des Landes zu stören. In kleineren Kreisen hat sie auch jetzt wieder eine üppige Saat der Unzufriedenheit und des Argwohns großgezogen, und nur der

Enge der Verhältnisse dankt sie es, daß die Welt von ihren Erfolgen bisher wenig Notiz genommen hat. Seitdem sie ihre Streiche auch gegen die höheren Lehranstalten in den größeren Städten richtet, kommt plötzlich zu Tage, wie viel Nachtheil sie bereits angestiftet hat. Es wird mit einem Male klar, daß es ihr in unglaublich kurzer Frist gelungen ist, diejenige neue Provinz, welche von allen am freudigsten sich dem preussischen Staate angeschlossen hatte, der bestehenden Ordnung der Dinge gründlich zu entfremden. Dies verkünden nicht etwa die geschworenen Feinde des norddeutschen Bundes, nicht die Satelliten des kurfürstlichen Hofes, nicht Traber und Genossen, sondern das schmerzliche Geständniß kommt von den widerwilligen Rippen Derjenigen, welchen die Wahrheit am allerunangenehmsten ist, von den entschiedensten Anhängern Preußens, von denen, welche im Jahre 1866 gerufen haben: „Siehe, es ist Alles neu geworden!“ und welche daher das Scheitern der damals gehegten Hoffnungen möglichst zu verhüllen versucht sein könnten.“ — Dies ist gewiß ein ebenso offenes, als durch die Verhältnisse gerechtfertigtes Geständniß. —

Das Bundeskanzleramt hat die Marineverwaltung aufgefordert, Vorschläge wegen Ernennung eines Bundeskommissars für das Auswanderungswesen zu machen. Die Angelegenheit erleidet eine kleine Verzögerung, da gegenwärtig der Contre-Admiral Jachmann der russischen Flotille in der Nordsee einen Besuch abstattet.

Preußen. Der im Anfang dieses Jahres in Ostpreußen herrschende Nothstand hat gegenwärtig ein recht lehrreiches Nachspiel hervorgerufen. Die Regierung zu Gumbinnen fand sich nämlich veranlaßt, die in dem Handelsbericht des Vorsteheramts der Kaufmannschaft zu Königsberg enthaltene Darstellung des Nothstandes und der zu seiner Bekämpfung getroffenen Maßregeln in vielen Punkten zu bemängeln und damit eine Schilderung ihrer eigenen Thätigkeit auf diesem Gebiete zu verbinden. Das Vorsteheramt hat auf dieses Schreiben eine Erwiderung erlassen, in der es u. A. heißt: „Der von der königlichen Regierung in Ihrem Schreiben angeschlagene Ton erinnert lebhaft an die Zeit, wo die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstande noch in vollster Blüthe stand und man vom grünen Tische aus sich zu jeder Belehrung und Zurechtweisung befugt hielt. Diese Zeit ist indessen längst vorüber, und wenn uns auch Vieles in den inneren Zuständen unseres Staates wenig befriedigen mag, so haben wir doch den einen Fortschritt errungen, daß die Unfehlbarkeit der Behörden zu den überwundenen Standpunkten gehört. Demgemäß erklären wir der königlichen Regierung ganz unummunden, daß wir Ihr Schreiben sowohl nach Form als Inhalt als ein verfehltes betrachten müssen, daß die darin versuchten Berichtigungen den wahren Kern der Sache nicht treffen und die detaillierte Aufzählung der eigenen Leistungen nur beweist, daß die königliche Regierung die erschreckende Größe des ostpreussischen Nothstandes nicht genügend erkannt hat. Wahrhaft unbegreiflich erscheint es uns aber, daß die Regierung mit so hoher Befriedigung auf ihre eigene, in den engsten Grenzen sich bewegende Thätigkeit zurückblicken und sich selbst so große Verdienste beilegen kann.“ — Herr v. Maurach wird diese Antwort der Königsberger Kaufmannschaft freilich sehr wenig erbaulich